

Ein wichtiger ergänzender Hinweis kommt eine halbe Stunde nach dem einschlägigen [Tagebucheintrag](#) von einer Nutzerin der NachDenkSeiten. Er betrifft das im letzten Eintrag genannte Beispiel TMD Friction und verwandte Fälle.

Zunächst der Hinweis auf einen einschlägigen Artikel in der [Financial Times Deutschland](#). Nach den dort angegebenen Prognosen sind weitere Fälle von drohenden Kreditausfällen zu erwarten. Albrecht Müller.

“Wir stehen am Anfang eines Zyklus’, bei dem Restrukturierungsfälle mit enormen Volumina auf den Markt kommen”, ergänzte Ansgar Zwick, Deutschlandchef der US-Investmentbank Houlihan Lokey Howard & Zukin (HLHZ).

Zeller erwartet, dass 2007 und 2008 in Europa Kredite Private-Equity-finanzierter Unternehmen von 25 bis 30 Mrd. Euro faul werden. Rund ein Viertel davon betreffe deutsche Unternehmen. Damit dürften sich Fälle wie bei den zu hoch verschuldeten Autozulieferern Kiekert und TMD Friction bald häufen. Bei beiden mussten die Finanzinvestoren – Permira und Montagu – die Kontrolle an die Gläubiger abgeben.”

Unsere Nutzerin ergänzt: „Wenn auch in diesen Fällen wie bei TMD Friction die öffentliche Hand das Kreditausfallrisiko durch Steuergeschenke (allein bei TMD Friction 200 Mio Euro!) übernimmt stehen eine Menge Belastungen an!

Bewertet man die Aktivitäten der hier tätigen Finanzinvestoren, so gelangt man zu der Erkenntnis, dass den Unternehmen nicht nur massiv Finanzmittel entzogen werden, dem Gemeinwesen nicht nur deutliche Steuerausfälle beschert werden, sondern auch massiver Abbau von Arbeitsplätzen wegen erdrückender Schuldenlast verursacht wird. Das Ausfallrisiko der Kredite wird durch den großzügigen Steuernachlass von den Geldgebern auf die öffentliche Hand übertragen worden.

Der Staat trägt also alle von den Finanzinvestoren verursachten negativen Folgen der Unternehmensübernahme während diese ihre Gewinne steuerfrei einstreichen dürfen. In Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation der öffentlichen Hand ein skandalöser Sachverhalt.

Noch ein ergänzender Hinweis: für die Manager der private equity Fonds hat der Bundestag in der letzten Legislaturperiode mit Zustimmung von Regierungsparteien und Opposition eine eigene Einkommensart geschaffen, welche sicher stellt, dass auch die Gewinnbeteiligung der Manager steuerlich begünstigt wird.“

Die SPD-Führung und die Bundesregierung täten gut daran, nachzudenken statt sich von

großen Interessen, vermutlich über PR-Firmen und allerlei Berater, einfangen zu lassen. Deshalb eine Anregung an unsere sozialdemokratischen Leser: Intervenieren Sie bei Ihren Abgeordneten und Parteigremien gegen diese neue Programmatik.